

Eupen, den 4. Oktober 2018

## Das Wort den Parteien

### **Fachkräftemangel**

Ende September wurde die neuste gemeinschaftspolitische Regierungserklärung vorgestellt, dabei stachen Eigenlob und Schönrederei der Regierung ins Auge.

So wurde u.a. der Fachkräftemangel thematisiert und das sogenannte „Fachkräftebündnis“ als heilsbringende Maßnahme angekündigt. Eine der ersten Aktionen in diesem Zusammenhang soll das sogenannte Fachkräftemonitoring sein, eine detaillierte Datenerhebung der IST-Situation. „Klingt erstmal gut!“, sollte man meinen.

Wer sich intensiv mit der Regierungsarbeit der vergangenen Jahre beschäftigt, stellt fest, dass der Fachkräftemangel bereits seit mindestens 1997 Bestandteil der politischen Diskussion ist und Anlass einiger Interventionen im Parlament und unzähliger Maßnahmen seitens der vergangenen Regierungen war. Aufgrund der Tatsache, dass wir heute immer noch mit den gleichen Problemen zu tun haben, stellt sich die Frage: „Was machen die eigentlich die ganze Zeit?“.

So wurden in der Vergangenheit regelmäßig Daten erhoben. Sogar ein Statistiker wurde u.a. zur Untersuchung dieser Problematik eingestellt. Wirkliche Verbesserungen können wir aber keine erkennen. Eine erfolgreiche Politik sieht anders aus.

Durch die Schaffung eines Fachkräftebündnisses kann der Schein gewahrt werden, etwas zu unternehmen, ohne sich jedoch ernsthaft mit der Thematik auseinanderzusetzen. Demnach wird so erneut sinnlos Geld verbrannt, um Erkenntnisse zu erlangen, die eigentlich bereits vorliegen.

Für Vivant-Ostbelgien können Probleme nur dann nachhaltig gelöst werden, wenn diese bei den Ursachen angegangen werden. Allem voran ist eine grundlegende Reform der föderalen Steuerpolitik vonnöten. Die Lohnnebenkosten in Belgien sind einfach zu hoch, was viele Unterhemen und Arbeitnehmer ins Ausland treibt.

In der DG selbst fehlt es an nebenberuflichen Weiterbildungsangeboten. Daneben wird es Arbeitslosen, die arbeiten könnten, aber nicht wollen, zu einfach gemacht. Die Anforderungen der Deutschkenntnisse sind zu erhöhen. So sollten beispielsweise Migranten verpflichtet werden, in Deutsch das Niveau B1 zu erreichen – laut Arbeitsamt die Voraussetzung, um überhaupt eine Chance auf dem hiesigen Arbeitsamt zu haben.

Doch solche Forderungen können für Unmut sorgen, denn Verantwortung übernehmen ist nicht IN. Darüber hinaus könnte dies Wählerstimmen kosten. Also bleibt die klassische Politik lieber oberflächlich und tut so als ob. Vivant-Ostbelgien hat den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen und werden wir in Zukunft weiter tun.



Fraktion im PDG V.o.G.

Alain Mertes

Michael Balter

„Zeit aufzuwachen und zu handeln“